

**Antrag 172/II/2022**  
**SPDqueer Berlin Landesvorstand**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt bei Annahme 169/II/2022 (Konsens)**

**Echte Gewaltprävention fördern: Datenweitergabe an Anti-Gewalt-Projekte durch die Behörden wieder ermöglichen**

- 1 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und die
- 2 SPD-Mitglieder im Berliner Senat werden aufgefordert
- 3 sich dafür einzusetzen, dass Polizei und Staatsanwalt-
- 4 schaft unverzüglich wieder Daten zu Vorfällen von Hass-
- 5 kriminalität und Gewalt an Organisationen aus der Opfer-
- 6 beratung und Gewaltprävention weitergeben dürfen. Falls
- 7 das datenschutzrechtlich erforderlich sein sollte, ist eine
- 8 gesetzliche Ermächtigung zu schaffen. Maßgeblich hier-
- 9 für soll die bisher gängige Praxis der Datenweitergabe
- 10 sein und entsprechende Organisationen eng eingebun-
- 11 den werden, damit deren Bedürfnisse adäquat Berück-
- 12 sichtigung finden.
- 13
- 14 Ohne diese Daten ist nachhaltige Gewaltprävention und
- 15 Opferberatung nicht möglich, da Organisationen nicht in-
- 16 formiert an die Situation in Berlin angepasste Programme
- 17 entwickeln und anbieten können.